Grundlagen des Geldwertes

III.

Der Verfall des kapitalistischen Geldwesens und das revolutionäre Programm.

Zu Anfang des Krieges hat man in Deutschland die Goldeinlösung der Banknoten aufgehoben und hat damit im Prinzip auch den Gedanken der Golddeckung überhaupt aufgegeben. Der Staat fing an, sich Geld von der Reichsbank zu borgen und die Reichsbank gab dann für den geborgten Betrag Banknoten aus, indem sie darauf hinwies, daß ja das Reich, also die Gesamtheit, durch die Reichsschuldscheine — Reichsschatzwechsel genannt — für die Deckung bürge. Nun, was es mit dieser Bürgschaft und ihrer Sicherheit auf sich hat, das wissen wir ja heute zur Genüge.

Es gibt nun in der Geschichte Versuche, für Papiergeld eine andere Deckung zu finden als Edelmetall. Z. B. war der amerikanische Dollar in der ersten Zeit seiner Existenz gedeckt durch Staatsschulden, ebenso wie die Mark jetzt. Der Unterschied ist nur der, daß die nordamerikanische Union damals ein mit höchster Kraft aufstrebendes Staatsgebilde mit einer sich entfaltenden frühkapitalistischen Wirtschaft und ungeheuren natürlichen Reichtümern war, also genau das Gegenteil von dem, was wir heute im zerfallenden Deutschland sehen.

Lehrreicher für uns ist das viel zitierte Beispiel der französischen Revolution. Damals versuchte man, die eingezogenen Kirchengüter als Grundlage für das Geld zu nehmen. Diese Güter waren zum Staatseigentum erklärt worden, und man sagte sich, dies sei ja die beste Deckung, die man sich überhaupt vorstellen könne. Denn die Güter könnten ja vom Staat verkauft werden, und auf diese Weise könne der Staat entweder in den Besitz von Gold — das er nicht mehr hatte — gelangen oder die ausgegebenen Papiergelder wieder einziehen. Aber es zeigte sich hierbei zweierlei: 1. daß die Güter viel zu billig verkauft wurden, daß sie ebenso Spekulationsobjekte waren unter Ausnutzung des sinkenden Geldwertes, wie wir es heute mit allen Gebrauchsgütern erleben; 2. daß diese Deckung des Papiergeldes wohl bis zu einem gewissen Grade innerhalb Frankreichs einen Wert hatte, nicht aber international. Denn das internationale Kapital sagte sich mit Recht, daß ihm gar nichts daran gelegen sein könne, in Frankreich, unter einer revolutionären Regierung und unter ganz unsicheren Verhältnissen der Ausbeutung, ein Zugriffsrecht auf landwirtschaftliche Güter zu haben. Gold kann man in alle Länder der Welt verschicken, Grund und Boden hängt immer von den Verhältnissen des Landes ab, in denen das Grundstück liegt.

Alle Lehrbücher der Nationalökonomie und alle Geschichtsdarstellungen sind voll von dem Schicksal der französischen Assignaten. Aber man muß wissen, daß dieses Papiergeld seinen tiefsten Stand mit dem dreihundertsten Teil seines Nominalwertes erreichte. Das ist etwa so, als wenn wir heute einen Dollarkurs von 1350 Mark hätten. Die französischen Assignaten waren also eine wahre Stümperei gegenüber den Leistungen der deutschen Republik.

Man hat auch damals alles das versucht und unternommen, was man heute bei uns versucht. Man hat Beschlüsse gefaßt, die Notenpresse stillzulegen. Aber die Bedürfnisse des Staates, der seine Beamten, die Stützen seiner Macht, bezahlen mußte, waren da, und da die Produktion zusammengebrochen oder wenigstens in einem katastrophalen Maße verringert war, konnte er nicht aus einem immer wieder sich erneuernden Gütervorrat seine Bedürfnisse auf dem Wege der Besteuerung decken, sondern mußte weiter Papiergeld drucken lassen. Schließlich hat man dann die Platten, von denen die Assignaten gedruckt wurden, öffentlich zerstört und hat eine neue bessere Währung einzuführen versucht.

Man gab bekannt, daß für je 30 Stück Assignaten ein neues Stück, genannt „mandat territorial", eingetauscht werden würde, ebenso wie man heut bei uns eine Rentenmark einführen will.

Diese mandats territorieux sind dann jedoch bald mit derselben Geschwindigkeit in ihrem Werte abwärts gegangen wie vorher die Assignaten. Die Einzelheiten dieser französischen Entwicklung sind ja vor kurzem in dieser Zeitung ausführlich dargestellt worden.

Es zeigt sich eben, daß die Währung eines Landes letzten Endes abhängig ist von der Produktion dieses Landes und von dem Verhältnis dieser nationalen Produktion zum Weltmarkte.

Die Dinge in Deutschland sind heute weiter gediehen als in der französischen Revolution, nicht nur rein zahlenmäßig, insofern als die Assignaten gegenüber der Papiermark eine Hoch- und Edelvaluta darstellen, sondern auch deshalb, weil in Frankreich damals noch verhältnismäßig große Mengen gemünzten Edelmetallgeldes im Umlauf waren. Diese genügten zwar nicht für den Geldbedarf, und vor allem waren sie seit der Einführung der Assignaten im höchsten Maße zum Spekulations- und Hamstergegenstand geworden, und der Staat hatte keine Möglichkeit, sie für seinen Bedarf zu erfassen. Sie spielten ungefähr die Rolle, die heute bei uns nur noch die Devisen spielen. Aber dieses Gold- und Silbergeld war wenigstens immer da, wenn es galt, Assignaten zu einem billigen Kurs aufzukaufen und dann mit ihnen billig Güter vom Staat zu erwerben. Als dann die gesamte Papiergeldwirtschaft vom Direktorium tatsächlich abgeschafft wurde, war immer noch Edelmetallgeld vorhanden, das zunächst den Bedürfnissen des sehr zurückgegangenen Verkehrs zur Not genügte. Die französische Bourgeoisie hatte ihren revolutionären Kampf beendet, hatte gegen den Feudaladel einerseits, das Proletariat anderseits gesiegt und ging nun daran, mit Waffengewalt ihre aufstrebenden Produktivkräfte zu reorganisieren und sich aus der ganzen Welt zu bereichern.

Die Metallgeldmengen, die in Deutschland noch vorhanden sind, genügen dagegen keinesfalls noch für irgendwelche Umlaufsbedürfnisse, und die deutsche Bourgeoisie steht nicht am Anfang, sondern am Ende ihrer internationalen Expansion und zwar an einem katastrophalen Ende.

Die geplante Rentenmark nun (und ebenso jeder andere Versuch, der in dieser Richtung noch gemacht werden kann) steht schon am Beginn ihres Lebensweges vor einer verhängnisvollen Wegscheide. Sehen wir ganz davon ab, daß gegen die angebliche „Deckung" durch Hypotheken dasselbe gesagt werden muß, wie gegen die Deckung der französischen Geldanweisungen durch Landgüter. Sehen wir ferner davon ab, daß bei der vielfach stärkeren Abhängigkeit der deutschen kapitalistischen Wirtschaft vom Ausland diese Deckung durch Grund und Boden noch viel unzureichender ist als damals in dem viel selbstständigeren Frankreich. Entscheidend ist etwas anderes:

Entweder nämlich wird die Rentenmark in so geringem Umfang herausgegeben, daß sie ihren Wert trotz aller Schwierigkeiten einigermaßen halten kann — dann wird sie unaufhaltsam aus dem Verkehr verschwinden, wird gehamstert werden wie alles was gegenüber der Papiermark halbwegs seinen Wert behält. Der aus dem 17. Jahrhundert stammende nationalökonomische Lehrsatz, das schlechtes Geld das Gute aus dem Verkehr verdrängt, ist einer der wenigen Sätze der klassischen bürgerlichen Wissenschaft die heute noch gelten.

Oder man macht keine solche Beschränkung der Notenausgaben, man folgt irgendwann einmal dem Drängen des Verkehrs und gibt soviel Rentenmark aus wie der Umlauf braucht — dann wird ebenso unaufhaltsam der Wert der neuen Währung in den Abgrund sausen.

Nun hält man uns vor, daß Oesterreich eine ganz rücksichtslose Stillegung der Notenpresse durchgeführt habe und heut ein glückliches Land sei. Aber für wen glücklich? Die österreichische Industrie kann sich noch immer nicht erholen, die Arbeitslosigkeit weicht nicht. Was noch ausbeutungsfähig ist, befindet sich in den Händen der Castiglioni, Bosel und Stinnes. Die Staatsfinanzen stehen bis in die letzten Kleinigkeiten unter der Aufsicht eines vom Völkerbund hingesetzten Herrn Zimmermann aus Holland. Die ganze sogenannte Sanierung konnte überhaupt nur durchgeführt werden mit reichlichen Krediten des Völkerbundes. Wer glaubt, daß eine solche Aktion in Deutschland ebenso reibungslos vor sich gehen kann? Wer hält es für möglich, daß der Völkerbund die unvergleichlich höheren Summen aufbringen wird, die für Deutschland nötig wären?

Vor allem aber: alle Projekte von Rentenmarkt oder Goldwährung, ob man auf französisches oder österreichisches Vorbild zurückgreifen will, enthüllen ihre Sinnlosigkeit in dem Augenblick, in dem man sich klar darüber wird, daß **das Geldwesen nur eine Teilerscheinung innerhalb der gesamten Volkswirtschaft ist**, und zwar nicht eine Teilerscheinung, die lediglich als Ursache anderer Erscheinungen wirkt, sondern selbst eine Folge der in der Produktion und in der politischen Lage vor sich gehenden Entwicklung.

Darum sind auch die Programme der **Freiland-Freigeld-Theoretiker**, für die jetzt im Proletariat wieder voll Propaganda gemacht wird, Unsinn. Freilich nicht nur deshalb, weil sie rein von der isolierten Geldseite ausgehen, sondern auch weil sie auf einer ganz utopistischen, rein idealistischen Grundlage beruhen, und die Tatsache des Klassenkampfes trotz aller Phrasen, die in dieser Richtung zu liegen scheinen, letzten Endes ablehnen. Wer sich einbildet, daß die Vernunft der Menschen, daß die Einsicht der Mehrheit schließlich dahin kommen wird, daß das Geldwesen so und so geregelt werden muß und daß hieraus dann die Rettung aus dem ganzen Elend erwachsen wird, der hat noch nicht die primitivsten Elemente des historischen Materialismus begriffen; ja der hat noch nicht einmal gelernt die Augen für die handgreiflichsten Tatsachen zu öffnen. Die Propaganda der Freigeldtheoretiker — wenn man ihnen die Ehre antun will, überhaupt von einer „Theorie" zu reden — ist nichts als der Gedanke, ob es nicht gelingen könne, den offenen Ausbruch des Klassenkampfes zu vermeiden und eine Art von Revolutionsersatz zu erreichen, also in Wahrheit eine konterrevolutionäre Ablenkung von dem, was notwendig ist.

Auf der anderen Seite ist aber auch der Gedanke, daß es in der Revolution eine der ersten Aufgaben sein müsse, das Geld überhaupt abzuschaffen, ein Irrtum. Es wäre gewiß sehr angenehm, ohne Geld zu leben, zu wissen, daß man das Nötige jederzeit bekommen kann und nicht immerfort bezahlen muß. Gewiß wollen wir alle dahin, daß sich nicht zwischen Arbeit und Bedürfnis immer noch dieser trügerische Mittler einschiebt. Aber eine dekretierte Abschaffung des Geldes durch die Diktatur wäre eine ebenso isolierte Finanzmaßnahme wie die Versuche der Stresemannregierung, und aus denselben Gründen auch zum Scheitern verurteilt. Das Proletariat muß sich auch in der Frage des Geldwesens, wie auch in allem, stützen auf die Beherrschung und Neuordnung der Produktion. Es ist dann verhältnismäßig einfach, nach jeweiligem Stande der Produktionsneuordnung zu sagen, was zur Zeit mit dem Gelde geschehen soll. Man kann sogar sagen, das Geld wird zum größten Teile nahezu von selbst absterben, wenn die Arbeiterklasse die Produktionsmittel fest in der Hand hat und auf dieser Grundlage die Erfordernisse der proletarischen Revolution richtig und klar erfüllt.

Das neue **Programm der KAPD.**, das vom letzten Parteitag in seinen Grundzügen angenommen wurde, enthält über diese Frage insoweit ganz bestimmte Sätze, als sich eben auf Grund der Klarheit über die allgemeinen Grundsätze und Erscheinungsformen der proletarischen Revolution heute schon Bestimmtes aussagen läßt. Auf das Programm muß schließlich hier verwiesen werden für die entscheidende Wandlung, die die Revolution bringen wird: die Ersetzung der **Rechnung nach Geldeinheiten durch die Rechnung nach Arbeitsstunden.**

Die weiße Justiz in Rußland

Ein aus den Klauen der weißen Justiz geflüchteter russischer Feldscher (Sanitätssoldat, Lazarettgehilfe) veröffentlicht in einer Konstantinopeler Zeitung erschütternde Nachrichten über seine Wahrnehmungen und Erlebnisse in den russischen Kerkern. Der Bericht hat für das revolutionäre Proletariat eine um so größere Bedeutung, als der Verfasser zu den Kreisen jener Soldaten gehörte, die 1917 die Fahne der Revolution aufrollten und gegen den Zarismus ins Feld führten. Er war Mitglied der KPR. bis zu seiner Verhaftung, die 1921 erfolgte, weil er, wie so viele andere wirkliche Kommunisten, mit der „Neuen ökonomischen Politik", d. h. mit dem Aufbau des Kapitalismus und der Unterdrückung des Industrieproletariats zu Gunsten der Bauernschaft nicht einverstanden war. Dem Bericht entnehmen wir:

„Das Gefängnis für politische Verbrecher in Sowjetrußland befindet sich in Moskau auf der Lubjanka. Es ist nicht, wie anzunehmen wäre, dem Kommissariat für Justiz, sondern der Hauptpolizei unterstellt. Diese Hauptpolizeiverwaltung ist eine Zweigabteilung des Ministeriums des Innern, als deren Chef der Kommissär für Inneres fungiert, und sie entspricht vollständig der berüchtigten zaristischen dritten Abteilung, nur mit dem Unterschied, daß statt den Gendarmen dort jetzt Sowjekommissäre auftreten.

Als politische Verbrecher werden gegenwärtig in Rußland alle jene Elemente, die sich gegen die Sowjetgewalt auflehnen, betrachtet. Oft genügt eine anonyme Anzeige, und ein sonst sehr harmloser Mensch wandert in das Gefängnis für politische Verbrecher.

Gegenwärtig befinden sich in diesem Gefängnis gegen 15 300 Arrestanten. Etwa 60 Prozent der Arrestanten sind Arbeiter, Bauern, Soldaten der roten Armee, 40 Prozent Intelligenz. Die politischen Verbrecher werden durch eine besondere Garde bewacht. Diese Garde ist gleichsam eine russische Fremdenlegion und besteht aus Chinesen und Letten. Sie sind der russischen Sprache nicht mächtig, so daß keinerlei Gefahr besteht, daß sie sich irgendwie mit den Gefangenen verschwören. Die Ursachen, weshalb ihre „Schutzbefohlenen" eingekerkert sind, sind ihnen unbekannt. Sie würden sich wahrscheinlich auch sehr wenig daraus machen, denn es sind rückständige, geistig unentwickelte Rohlinge und Henkernaturen, die man extra zu diesem Handwerk ausgesucht hat.

Die Gefangenenaufsicht ist ungemein streng: Korrespondenz, das Lesen von Büchern und der Besuch von Verwandten sind ein für allemal untersagt. Für die geringste Kleinigkeit, die der politische Gefangene sich zuschulden kommen läßt, erhält er als Strafe Dunkelarrest und wird auf Wasser und Brot gesetzt. Das Schlagen der Arrestanten steht auf der Tagesordnung. Die Aufseher prügeln die Inhaftierten bei jeder Gelegenheit; wenn sie die Zelle schlecht aufräumen, ja selbst wenn sie sich weigern, die Kost, die oft nur aus Abfällen besteht, einzunehmen.

Da das Gefängnis überfüllt ist, so sind die politischen Arrestanten zu je fünf Personen in kleinen Zellen untergebracht, und es ist daher kein Wunder, daß unter diesen entsetzlich unhygienischen Verhältnissen die Sterblichkeit unter den Arrestanten sehr groß ist; etwa 30 Prozent der Arrestanten sterben an Tuberkulose. Es gibt zwar auf der Lubjanka ein Notspital mit 20 Betten, aber die Behandlung der Kranken spottet jeder Beschreibung. Die Visitation der Kranken erfolgt in Gegenwart des Kommandanten und einer Militärpatrouille; überall fehlt es an Medikamenten, Verbandstoffen. Die Lage der politischen Gefangenen wird noch dadurch schlimmer, daß die Aufseher gewöhnlich betrunken sind, sie erhalten zweimal täglich eine Ration Wutki.

Das Gros der politischen „Verbrecher", die in das Gefängnis von Lubjanka gelangen, sieht fast nie mehr die Freiheit. Sie werden als Gegner des bolschewistischen Systems einfach „unschädlich" gemacht. Dieses „Unschädlichmachen" bedeutet fast durchweg Tod durch Erschießen. Die Hinrichtungen finden gleichfalls im Gefängnis von Lubjanka statt. Als Hinrichtungsplatz ist eine alte Totenkammer ausersehen. Zum Erschießen der politischen Gefangenen ist eine besondere Kompagnie, die sogenannte „ausländische Kompagnie" gebildet worden. Ein Arzt ist bei den Hinrichtungen nicht zugegen. Die Hinrichtungen erfolgen immer in den Nachtstunden. Die Leichen der Erschossenen werden dann in aller Heimlichkeit auf das Chodynka-Feld (das berühmte Feld in Moskau, wo seinerzeit die Krönungsfestlichkeiten der Romanows stattfanden) gebracht und dort an verschiedenen Stellen verscharrt, dann wird der Boden der Erde gleichgemacht, und niemand weiß später, wo einer begraben liegt, jede Spur wird sorgfältig verwischt. Die besonders gefährlichen politischen „Verbrecher" werden unter strenger Bewachung in die Gefängnisse von Nordkaukasus gebracht, wo sie von den örtlichen „Tschekas" hingerichtet werden. Auf diese Weise wurden unlängst zwanzig Arbeiter getötet, die im Verdachte standen, ein Attentat auf den „ungekrönten Zaren von Petersburg" Sinowjew geplant zu haben."

In der gesamten internationalen Arbeiterpresse, ausgenommen der von Moskau ausgehaltenen, erschien vor kurzem der folgende Bericht:

„Im hohen Norden, weit vom Festlande, sieben bis acht Monate im Jahr völlig von der ganzen Welt abgeschnitten, ragt im Weißen Meer eine Gruppe kleiner Inseln empor. Das sind die berühmten Solowetzki-Inseln.

Hier suchten vor Jahrhunderten fromme Mönche ein einsamel Asyl. Hierher deportierte die Zarenregierung die Ketzer, die die Segnungen der alleinseligmachenden orthodoxen Kirche anzweifelten. In finsteren Kasematten blieben sie hier in der Regel bis zu ihrem Lebensende eingekerkert.

An ihrer Stelle ist jetzt eine neue Bevölkerung auf der Insel aufgetaucht. Zahlreiche Personen leben hier, und die alten Kasematten sind mit neuen „Ketzern" angefüllt. Das sind aber keine Religionsketzer, sondern politische Gefangene, Kommunisten und Anarchisten, die es gewagt haben, die alleinseligmachenden Lehren der bolschewistischen Kirche anzuzweifeln.

In einem für 80 Insassen berechneten Gebäude auf der entferntesten Sabbathäus-Insel sind zirka 200 politische Gefangene, Männer und Frauen, Jünglinge und junge Mädchen interniert. Viele von ihnen haben lange Jahre in den russischen Zuchthäusern, Gefängnissen und Verbannungsorten zugebracht; andere wieder sind vom Schicksal verurteilt, hier ihren Lebensfrühling zu begraben. In schmutzigen engen Räumen zusammengepfercht, wissen sie kaum, welche „Verbrechen" ihnen zur Last gelegt werden. Kein ordentliches Gericht hat sie abgeurteilt, vielmehr hat die allmächtige Tscheka, jetzt Staatspolitische Verwaltung genannt, sie ohne Verhör und Anklage mit einem einfachen Federstrich hierher geschleudert, um sie von der ganzen Welt zu isolieren und auf diese Weise unschädlich zu machen. Eine Maßnahme gegen die Verbreitung der sozialistischen Seuche in den russischen Arbeitermassen!

Ein Hektar Land ist den Gefangenen für den Aufenthalt im Freien zur Verfügung gestellt. Für den geringsten Versuch, die gezogenen Grenzen zu überschreiten, drohen die Schildwachen mit Erschießen; so lauten die strengen Instruktionen für die Wache!

Es gibt keinen freien Menschen auf der ganzen Insel! Nur Gefangene und ihre Wächter. Aus welchen Kreisen rekrutieren sich die Wächter? Mit Ausnahme des Gefängnisdirektors und seines Gehilfen sind alle Aufseher, Begleitsoldaten und Schildwachen Kriminalgefangene, denen man für „treuen" Dienst Strafmilderung zugesagt hat.

Kaum drei Monate besteht das hier geschilderte Konzentrationslager für russische Sozialisten am Polarkreis, und schon kommen fortgesetzt Nachrichten über Mißhandlungen der Gefangenen, über verzweifelte Hungerstreiks.

Und das Ergebnis dieser Proteste? „Mit Hungerstreiks werdet ihr nichts erreichen," erklärte zynisch der Vertreter der Tscheka den Gefangenen. „Wenn ihr wirklich nicht in diesen Bedingungen weiter leben könnt, so macht eurem Leben durch Selbstmord ein Ende!"

Der Winter rückt heran, und im Verlauf einiger Monate werden die Hilferufe der Genossen und Genossinnen, die in der Finsternis der Polarnacht zugrunde gehen, nicht zu uns gelangen. Erst im nächsten Frühjahr werden wir hören, welche furchtbaren Gefängnisdramen sich in diesen Monaten auf dieser Insel des Schreckens abgespielt, wieviel Personen ihr Leben dafür hingegeben haben, daß sie der russischen Arbeiterklasse in dieser kritischen Periode des neuauflebenden Kapitalismus dienen wollten.

Aber diese Dramen und diese Opfer sind unvermeidlich. Nur der letzte einmütige Protest der Arbeiter der ganzen Welt, ohne Unterschied der Parteirichtung, kann die Hand der Moskauer Henker aufhalten. Das internationale Proletariat kann und darf nicht stillschweigend der Zuschauer dieses unerhörten Verbrechens sein."

Das Tragische dieser Katastrophe des revolutionären russischen Proletariats liegt nicht einmal in der weißen „Justiz" des werdenden russischen Kapitalismus. Der Kapitalismus als Wirtschaftssytem hat sich überall bei seinem Entstehen einen festen Untergrund gepflastert aus Menschenknochen und sich mit Schutzgräben menschlichen Blutes umgeben. Hekatomben Proletarierleichen sind überall aufgeschichtet, die Herrschaft des Kapitalismus zu befestigen, die proletarisierten Angehörigen untergehender Klassen in das Joch der Lohnsklaverei zu pressen. Wo Prozente errechnet werden, ist die Erde gedüngt mit Proletariergebeinen. Nichts anderes geschieht in Rußland. Der russische Kapitalismus ist nicht bösartiger als alle Kapitalismen bei ihrer Geburt zwangsläufig sein mußten.

Das Tragische des blutigen Geschehens des russischen kapitalistischen Despotismus liegt in Westeuropa, in Deutschland. Einst revolutionäre Proletarier, ja man kann ruhig sagen, große Massen Proletarier, die heute noch revolutionär sind, stehen im Banne dieser kapitalistischen Mordmaschine, glauben, daß in Rußland das Proletariat die Macht ausübe oder halten dieses System nötig, dem Kommunismus die Wege zu ebnen! Mit dem Gold und Platin, daß russische Lohnsklaven unter der Peitsche dieses Systems fördern, hat die russische „Internationale" vermittels gekaufter Agenten die Ideologie großer Proletariermassen umgebogen, sie zu willfährigen Parteirekruten gemacht. Das ist die Tragik des russischen Blutregiments!

Pressefonds

(Angabe in Millionen von Mark.)

H. S. S. 500, amer. Gen. 500, 10. Unterbez. 90, 3. Unterbez. 57, Stfchr. 2,500, F. Sch. 1,500, Steffan 10, 2. BO.-Bez. 180, Hinze 500, Neusius 50.

Für „KAZ."-Bezahlung eingegangen: Einschreibebrief aus Memel.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Ink. Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: W. Iszdonat, O 17.

4. Jahrg. Nr. 83 — Preis 500 Millionen

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei, im Straßenhandel und durch den Verlag der K.A.P.D. Berlin NO 18, Landsberger Strasse 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6. Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 49029.

Bezugspreise: Bei Bezug v. einzelnen Exemplaren durch d. Post: Halbmonatl. die im Kopf d. Zeitung aufgedruckt. Preise. Zahlung bis 5. bezw. 20. jed. Mts. Holland: 1 holl. Gulden monatl. Nach d. übrig. Ausland n. Vereinbarung

Provokation auf Provokation!

Die Gewerkschaften als technische Nothilfe der weißgardistischen Konterrevolution. — Nur die proletarische Klassensolidarität vermag die konterrevolutionäre Front zu durchbrechen!

Der Befehlshaber im Wehrkreis 3, General v. Horn, erläßt folgende Verordnung:

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 verordne ich im Einvernehmen mit dem Regierungskommissar des Bereichs:

1. Die Aufforderung zur Arbeitseinstellung in lebenswichtigen Betrieben ist verboten.

2. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bestraft.

3. Als lebenswichtige Betriebe im Sinne dieser Verordnung sind anzusehen: alle Anlagen zur Erzeugung und Lieferung von Gas, Wasser, Elektrizität, die Kanalisation, alle Anlagen zur Erzeugung, Bearbeitung und Verteilung von Lebensmitteln, Notendruckereien aller Art, die öffentlichen Verkehrsmittel einschließlich von Post- und Telegraphenanlagen, die Krankenanstalten.

Berlin, 25. Oktober 1923.

Der Befehlshaber im Wehrkreis 3. gez.: v. Horn.

Diese Provokation ist die Antwort auf den Streikbeschluß der Belegschaften der Zeitungs- und Notendruckereien, der wegen der Schließung der „Friedrichstadtdruckerei" erfolgte. Die Regie ist eine äußerst plumpe und die Gewerkschaften stellen ihre bis dahin verübten Gemeinheiten an den Proletariern immer wieder von neuem in den Schatten. Die „Friedrichstadtdruckerei" wurde für einen Augenblick freigegeben, aber in demselben Augenblick durch obige famose Verordnung für die Zukunft jeder Streik „verboten", ganz gleich, welchen Ursachen er entspringt. In Anbetracht der Tatsache, daß diese Provokation den Buchdruckern sowie dem gesamten Proletariat zeigen könnte, wohin der Weg geht, sprangen die Gewerkschaften sofort ein und stellten sich, getreu ihrer konterrevolutionären Tradition, sofort hinter die Proklamation der offenen Säbeldiktatur. Die KPD., die diesen Streikbeschluß durchdrückte und eine Mehrheit in der betreffenden Funktionärversammlung erzielte, hatte schon gut vorgesorgt und diesen für den Streik gewählten „Aktionsausschuß" zu den — Gewerkschaften geschickt. Darauf hat dann dieser „Aktionsausschuß" folgende Botschaft an die Drucker losgelassen:

An die graphische Arbeiterschaft!

Der Versuch der Streikleitung, die Instanzen der graphischen Organisationen zur Sanktion des mit Majorität von der Funktionärversammlung der Zeitungs- und Gelddruckereien beschlossenen Streiks zu bewegen, ist gescheitert. Die Spitzenkörperschaften sind der Auffassung, daß diese Aktion zur Stunde erfolglos sein wird. Der Aktionsausschuß der Gewerkschaften erklärt, im Augenblick bei der Arbeit zu sein, um für die Arbeiterschaft bei der Regierung eine Besserung der allgemeinen Lage herbeizuführen. **Nachdem weiter einzelne Personen der Minorität direkt zur Sabotage des Funktionärbeschlusses aufforderten und der Fraktionsleiter der VSPD. erklärte, daß sich seine Fraktion dem Streikbeschluß nicht fügt** und sich auch nicht an der Streikleitung beteiligt, **sieht sich die Streikleitung außerstande, den Streik zu proklamieren.** Sie fordert die Instanzen der Organisationen auf, eine neue Funktionärversammlung zum Sonnabend einzuberufen, damit der Streikleitung Gelegenheit gegeben wird, Bericht zu erstatten.

Die Streikleitung.

Daß die Stellungnahme der Buch- und Notendrucker nur ein billiger Vorwand war, diese Zuchthausverordnung herbeizuführen, zeigt die Haltung der Gewerkschaften gegenüber dieser Verordnung wohl zur Genüge. Daß die KPD. weiß, was sie tut, indem sie die Proleten immer hübsch — jetzt mit ihren „Aktionsausschüssen" — an die Gewerkschaften fesselt, sollte nun auch schon mittlerweile dem blindesten klar geworden sein. Der Streikbeschluß war nur das Signal und für die Gewerkschaften die gewünschte Gelegenheit, sich hinter dem Säbel des Militärs zu verstecken. So ist allen gedient. Die KPD. brüllt dauernd von „Generalstreik", und damit ja keine Gefahr für sie entsteht: „Hinein in die Gewerkschaften". Die Gewerkschaften verweisen in Zukunft auf die Zuchthausverordnung, die sie selbst herbeiführen halfen und lehnen „aus diesem Grunde" schon einen „Kampf" ab. So dreht sich das Proletariat stets um Kreise, und die Verblödungsparolen der KPD. liefern die ohrenbetäubende Indianermusik zu diesem grausamen Spiel, daß die Proleten letzten Endes in einem Zustand von geistigem Veitstanz versetzen soll. Ueber allem thronen dann die „bewährten Führer", die sich gegenseitig anbläffen nach außen, die aber unter sich schiedlich, friedlich die Rollen vertauschen und auf dem Rücken des Proletariats ihre „hohe Politik" treiben.

Die oben wiedergegebenen Zuchthausparagraphen sind nur ein weiteres Glied in der „verfassungsmäßigen" Knebelung des Proletariats. Der völlige Zusammenbruch und der offene Bankrott der bürgerlichen „Ordnung" zwingt die herrschenden Klassen, die Proleten auch dann noch zur Fron zu treiben, auch dann noch an die Ausbeutungsstätten zu fesseln, wenn die Sklaven schon vor Hunger umfallen. Nach den Begriffen der Sozialdemokraten, Gewerkschaften und ihrer Brotgeber und Helfershelfer haben die Proleten „getreu bis in den Tod" ihre Pflicht zu tun, selbst wenn sie „auf dem Felde der Arbeit" vom Hunger hinweggerafft werden. Die „Demokratie" und die „Verfassung" sind eben Dinge, von denen nicht jeder etwas versteht, und wer nicht mit einer gehörigen Portion „gewerkschaftlicher Disziplin" ausgestattet ist, wird diesen „Idealismus" nicht aufbringen können, sondern immer an einen Hund denken, der die Peitsche seines Herrn auch dann noch leckt, wenn ihm mit Hilfe derselben schon die Knochen zerschlagen sind.

Das revolutionäre Proletariat jedoch ist weit davon entfernt, sich über diese Demokratie, über diese „verfassungsmäßigen Zustände" zu entrüsten. Wir wissen, daß die Demokratie und die Gewerkschaften noch zu ganz anderen Dingen fähig sind. Es ist das Verhängnis des deutschen Proletariats, daß es erst in dieser Selbstentlarvung der bürgerlichen Demokratie, in dem Todeskampf der kapitalistischen Wirtschaft sehend wird und diese Erkenntnis mit ungeheuren Opfern bezahlt. Aber die bürgerliche „Ordnung" wird dem deutschen Proletariat selbst noch lehren, daß das Proletariat sich in seinem Kampfe nur auf seine Klassensolidarität stützen kann, um in seinem Kampfe als Klasse die bürgerliche Klassenherrschaft zu zerbrechen mit all ihren gewerkschaftlichen und parlamentarischen Tempeln." Mögen berufsmäßige Betrüger heute noch von Demokratie und Verfassung schwätzen: die ehernen Tatsachen zeigen, daß heute nur die Diktatur einer Klasse und zwar die unverhüllte Diktatur möglich ist.

Zwischen der Diktatur der weißgardistischen Konterrevolution und der Diktatur des Proletariats muß das Proletariat wählen!

Und es wird wählen!

Das Ende des Reformismus

Ein Beitrag zur Politik der Sozialdemokratie.

Die Maske fällt! Die sozialdemokratische „Arbeiterbewegung", dieser alte Plunder, ist tot. Fort mit ihr in die Rumpelkammer der Geschichte! Ihre Daseinsberechtigung existiert nicht mehr. Denn sie war der Reflex, das Spiegelbild des vergangenen Obrigkeitsstaates. Herrscherabsolutismus, Kasernenhofdrill, Polizeiwillkür, Dreiklassenwahlrecht, Unternehmerbrutalität, Zehnstundenarbeitstag hauchten ihr den Odem ein. Ihre heutigen Träger sind ruhebedürftige, senile, sterile, arterienverkalkte, konterrevolutionäre Spießer par excellence. Sie haben mit dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse, trotzdem er von jeher die Seele ihrer in endlosen Paragraphen festgelegten Parteiprogramme sein sollte, ungefähr soviel zu tun, wie der Analphabet mit der Sanskritforschung. Ihr Interesse ist mit dem der Arbeiterklasse etwa so identisch, wie das des Scharfrichters mit dem des Delinquenten. „Erkläret mir Graf Oerindur, diesen Zwiespalt der Natur!" Je nun, etwas anderes war das Bekenntnis zu einem vielseitigen Programm, etwas anderes die Bereitschaft zu einseitiger Tat. So mußte es denn kommen, daß die, auf Grund ihres vielseitigen, den Reformismus mit dem proletarichen Endziel verknüpfenden Programms äußerst heterogene Elemente anziehende und enthaltende sozialdemokratische Partei vom ersten Kriegstage an bis heute vom Standpunkt des Klassenkampfes gesehen so katastrophal versagt, mehr als das, sich als direkter Klassenfeind erwiesen hat. So mußte es kommen, daß die in ihrer Mehrheit reformistisch, schiedlich-friedlich eingestellten Parteiinstanzen der SP. den Tag der befreienden, revolutionären Tat bisher noch nicht gekommen sahen und ihn niemals kommen sehen werden. Wie könnte auch revolutionärer Elan mit kleinbürgerlichem Phlegma gepaart sein? Diese beiden Elemente hatten aber Unterkunft in der einen Sozialdemokratie gefunden, hätten jedoch besser getan, von jeher getrennt zu marschieren, da sie in Wirklichkeit durch Welten voneinander getrennt waren. Kein Zweifel, daß die Gruppe des revolutionären Proletariats, deren Programm sehr kurz hätte sein können, bei weitem in der Minderheit gewesen wäre, solange für die reformistische Gruppe eine historische und ökonomische Bedingtheit vorhanden war. Kein Zweifel aber auch, daß die unverwässerte Propagierung des reinen revolutionären Klassenkampfstandpunktes mit Fortlassung reformistischer Utopien wesentlich zu dem beigetragen hätte, was der Kernpunkt des proletarischen Befreiungskampfes ist: zur Erkennung des Klassenfeindes und der eigenen Klassenlage.

Heute wie je sehen wir klar, daß des Sozialdemokraten Politik Geschäft bedeutet. Mit absolutester Klarheit tritt das seit dem Beginn der kapitalistischen Offensive zutage. Wahrhaf grotesk ist seitdem ihr Eiertanz um die politische Existenz. Sie machen alles, was von ihnen im Interesse der kapitalistischen Profitwirtschaft verlangt wird. Nur nicht kleinlich sein, ist ihre Devise. Ein bißchen Demokratie, ein bißchen Diktatur gegen die Arbeiterschaft, es kommt ja nicht so genau darauf an. Das Programm von 1918 war eben nur ein kleiner Irrtum. Mit dem ganzen Marxismus, der seit dem Erwachen des bayerischen Leus nicht mehr aktuell und sowieso nur ein Hirngespinst jüdischer Materialisten ist, läßt sich kein Geschäft mehr machen. Jetzt erweist es sich sonnenklar, daß ihnen die Parole des proletarischen Klassenkampfes nur Reklameschild gewesen ist.

Konnten sie bisher ihr Geschäft mit der „sozialen Reform" machen, so versuchen sie es jetzt als „Realpolitiker" zur Abwechslung mit der „kapitalistischen Restitution". Furchtsam,

Zuspitzung der Lage im Ruhrgebiet

Düsseldorf, 24. Oktober. (Mtb.) „Die Verhandlungen zwischen den Ruhrindustriellen und den Besatzungsbehörden sind gescheitert. Die Franzosen haben ihre Forderungen vollständig aufrechterhalten. Die Industriellen sahen sich schließlich zu der Erklärung gezwungen, **daß sie sich außerstande wüßten, selbst die wenigen noch arbeitenden Betriebe im Industriegebiet weiter aufrechterhalten**, da ihnen die Bedingungen der Franzosen jede Absatzmöglichkeit nahmen. Außerdem fielen noch die Schwierigkeiten der Beschaffung von Zahlungsmitteln ins Gewicht. Diese Erklärung sei gleichbedeutend damit, **daß die rheinisch-westfälische Industrie in den nächsten Tagen zum Erliegen kommen werde.**"

Welche Rolle die Gewerkschaften und Sozialdemokraten diesem Ruhrproletariat gegenüber spielen, möge folgende Drahtmeldung des „Vorwärts" zeigen, in der dieses Reptil nach Charakterisierung der dortigen Lage, jetzt, nachdem diese Durchhaltepartei die Proleten in die jetzige Sackgasse hineingeführt hat, sich folgende Frechheiten leistet:

Das hungernde Ruhrgebiet.

Bochum, 25. Oktober. **Das Ruhrgebiet befindet sich jetzt infolge der durch die Geldknappheit entstandenen Hungersnot in hellem Aufruhr. Hungerrevolten werden aus fast allen Orten gemeldet**, so u. a. aus Essen, Horst-Emscher, Buer, Herne und Langendreer. Die Geschäfte kaufen nicht mehr ein, weil ihnen das Risiko zu groß ist. **Dadurch wird die Not noch größer.** Bei den Feldplünderungen läßt sich eine Organisation großen Stils feststellen. Nicht nur die Felder, sondern auch einzeln liegende Bauernhöfe werden überfallen und deren Besitzer bei Gegenwehr furchtbar mißhandelt, wie es dieser Tage u. a. im Gebiete der Gemeinde Harpen der Fall war. In Querenburg wurde am Donnerstag morgen, als es noch dunkel war, bei einem solchen Ueberfall auf einem Bauernhof eine Kuh, ein Schwein und drei Kälber abgeschlachtet und mitgenommen.

In Bochum erschienen am Mittwoch abend **verdächtige Elemente von auswärts, die offenbar gekommen waren, um Unruhen hervorzurufen.** Das ist ihnen auch gelungen. Mehrere Lebensmittelgeschäfte in den am Marktplatz gelegenen Straßen wurden geplündert. Die herbeigeholte Polizei wurde mit Schüssen empfangen. Sie gab Gegenfeuer, wobei einige Personen verletzt worden sind. Am Donnerstag vormittag war ein planmäßiges Vorgehen gegen die Polizei festgestellt. Mehrere Polizeibeamte wurden überfallen und zum Teil schwer verletzt. Da die Polizei immer stärker bedroht wurde, machte sie von der Schußwaffe Gebrauch. **Die Folge waren 2 Tote und 19 Verletzte.**

Bei Ausschreitungen in Langendreer wurden mehrere Lebensmittelgeschäfte, darunter das Warenhaus Alsberg, vollkommen ausgeplündert. In anderen Geschäften setzte die Menge die Preise herab und verteilte die Waren. Die Polizei sah sich genötigt, Schreckschüsse abzugeben. Dabei wurde der **neunjährige Sohn eines Bergmanns getötet. Die Erregung unter den Bergleuten ist sehr groß, weil nunmehr feststeht, daß sie am Montag auf allen Zechen zur Entlassung kommen. Am Freitag erhielt jeder Bergmann nur 12 Milliarden ausgezahlt.**"

Was nun werden soll, darüber liest man im „Vorwärts" — außer der Weisheit von den „verdächtigen Elementen" nichts mehr. Die Bourgeoisie und die Gewerkschaften warten nun seelenruhig die mit Sicherheit ausbrechenden Explosionen ab und rüsten, um die Bergproleten in ihrem eigenen Blut zu ersäufen, wenn das gesamte Proletariat nicht endlich begreift, daß diese Signale Signale zum allgemeinen Generalangriff für das Proletariat sein müssen.

am ganzen Leibe schlotternd, sind sie vor dem Klassengegner auf dem Rückzug, auf der großen Retirade. Der Bannstrahl der aufgerüttelten Arbeitermassen wird sie in den Orkus versenken. Wir werden sie alsbald landen sehen, wo sie immer hingehört haben: bei Hitler, Maurenbrecher und Lensch, ihren deutschvölkischen Rivalen. Ihr ganzes Streben geht darum, nur nicht von der Konkurrenz aus dem Felde geschlagen zu werden, nur sich selbst gegen die mit allen Hunden gehetzten Konkurrenten um die Futterkrippe zu behaupten. Das war auch der bisherige Unterschied zwischen dem norddeutschen und dem bayerischen Ausnahmezustand: der Kampf der bayerischen und sozialdemokratischen Faszisten um die fetten Posten und Pfründe. Diesen seinen gefährlichsten, weil verstecktesten Feind, die Sozialdemokraten, konnte das Proletariat in seiner Gesamtheit bisher unmöglich erkennen, weil es seinen Klassengegner überhaupt noch nicht vollständig erkannt hat, sondern sich erst mitten auf dem Wege zu dieser Erkenntnis befindet.

Sehr erklärlich. Während der Lebensdauer von zwei Generationen war die Bourgeoisie der Arbeiterschaft mit allerhand Reformen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur entgegengekommen, soweit das den privaten Profit nicht schmälerte. Kein Wunder, daß große Teile der Arbeiterschaft die Bourgeois für ganz gemütliche, scharmante Leute hielt, mit denen es sich ganz gut in trauter Harmonie leben läßt. Nun ist aber, nachdem es die Koryphäen der Sozialdemokratie im November 1918 vorzogen, sich selbst auf ihren reformistischen Lorbeern in Gestalt von höheren und höchsten Regierungs- und Verwaltungsposten zur Ruhe zu setzen, anstatt pflichtgemäß und energisch ohne Rast und Ruh die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des kapitalistischen Systems durch revolutionäre Tat weiter zu betreiben, seitdem ist mehr an sozialen Reformen geschehen, als die privatkapitalistische Wirtschaft vertragen kann, so daß es jetzt plötzlich nichts mehr zu reformieren gibt, ja, daß sich die nun keinen Spaß mehr verstehende Bourgeoisie bei Strafe ihres Untergangs gezwungen sieht, all diese schönen Reformen und Errungenschaften langer Jahre der Arbeiterklasse mit einem Schlage wieder zu rauben. Schlimmer als das, sie unter eine Lohnknechtschaft zu zwingen, brutaler, grausamer, unmenschlicher als je! Es geht also um Sein oder Nichtsein, um die nackte Existenz der Arbeiterklasse, es geht ums Ganze. Die Friedensschalmeien kleinbürgerlichen Reformismus und Opportunismus haben damit ausgetönt. Proletarischer Befreiungskampf tritt mit Fanfaren seinen siegreichen Lauf an. Aus der Klassenlage des Proletariats folgt die Klassenerkenntnis, auf der Klassenerkenntnis der Klassenkampf und die Klassenbefreiung. Die proletarische Revolution, das ist der Prozeß der Erkennung des Klassengegners und der eigenen Klassenlage. Die Zeit der Kompromisse mit dem Klassengegner und des parlamentarischen Ränkespiels ist vorbei. Der Ernst des revolutionären Handelns ist gekommen. Die feindlichen Kampffronten formieren sich mit jedem neuen Tage deutlicher, jedem Auge erkennbar, „Hie Proletariat — hie Bourgeoisie" tönt das über das Weltall schallende Feldgeschrei.

In dieser scharfen Scheidung der Gegensätze muß jeder entschlossen Stellung nehmen. Nur ein Dafür oder Dagegen kann es geben, kein Paktieren, kein Lavieren. Wer versucht, in der Mitte stehen zu bleiben, wird von beiden Seiten als Gegner angesehen und dementsprechend behandelt werden. Ruf dir das Sozialismus wird die Arbeiterklasse dann sein, wenn sie imstande ist, die politische Macht zu erobern und den Kapitalismus zu zertrümmern. Dazu ist sie in genau demselben Augenblick imstande, wenn sie in ihrer Gesamtheit ihren Klassengegner erkannt hat. Keine Minute früher oder später wird die Stunde der Befreiung geschlagen haben.

Die Zeiten haben sich gewaltig geändert, dem Reformismus ist jede Grundlage entzogen, und in Zukunft ist nur das sozialistische Politik, die geeignet ist, der Arbeiterklasse den Klassengegner erkennbar zu machen.

Wenn die Erkenntnis des Klassengegners auch den im Moment nicht zweifelhaften Sieg der Reaktion — die Quittung für die Kurzsichtigkeit und Reformisten — und die Etablierung ihrer Gewalttherrschaft und Hungerordnung über die Arbeiterklasse sehr erleichtern wird, so muß es doch die Hauptaufgabe für die neue Situation jetzt durchschauenden ehrlichen Proleten in der SP. sein, den revolutionären Kampf gegen den reformistischen Führerklüngel der SP. sofort aufzunehmen. Bevor die Herren Ehert u. Co. nicht ihre Rolle ausgespielt haben, bevor ihre massive Dummheit nicht jedem Arbeiterhirn klar geworden ist, bevor nicht auch der letzte Rest von Reformismus unharmherzig ausgerottet ist, wird die Arbeiterklasse nicht zur Vernichtung ihres Klassengegners und seiner Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung schreiten. Jeder ehrliche revolutionäre Genosse, der heute noch nicht den Schritt der Trennung von den Reformisten vollzogen hat, muß sich darüber klar sein, daß jeder organisatorische Zusammenhang mit den Reformisten eine Schwächung des Kampfes gegen dieselbe bedeutet. Tausendfache Erfahrungen bringt dieser Zusammenhang mit sich. Im Laufe der revolutionären Entwicklung wird ohnehin mit tötlicher Gewißheit der Moment kommen, wo der reformistische Führerklüngel im Kampf um seine Existenz dem unvermeidlichen Untergange verfallen wird, wo es ihnen nicht mehr möglich ist, von sich aus die organisatorische Trennung von der revolutionären Arbeiterschaft herbeiführen wird. Da die Annahme lächerlich ist, daß der revolutionäre Sieg der Arbeiterklasse an das Verbleiben der Gewerkschaften gekettet ist — als Klasse kämpft die Arbeiterschaft in den Betrieben, in den Gewerkschaften als beruflich abgegrenzter Teil der Klasse — und diese und ihre reformistische Beamtenhierarchie es hauptsächlich sind, die ihr die Erkennung des Klassengegners erschweren, gilt in allererster Linie den Gewerkschaften der schärfste Kampf. Hier ist der Lebensnerv der Reformisten, hier muß er zuerst getötet werden.

Das muß sich heute auch die KP. eingestehen, deren Eroberungsbemühungen auf Geheiß Moskaus zu kläglichstem Piasko geführt haben. Mit dem baldigen Aufhören der Moskauer Subventionen und der Importierung der überschäumenden Taktik wird es dann alle Momente besetzt sein, die der Einigung der revolutionären Arbeiterschaft auf dem Boden des Kampfes außerhalb von parlamentarischen Bannmeilen, Geschäftsordnungsparagraphen und jeglicher reformistischen Disziplinarmaßnahmen entgegenstehen.

Die Sozialreform ist tot, es lebe die Revolution!

Die neueste Republik

Blinder Eifer schadet nur. „Und — meint der „Vorwärts" — wenn unsere Genossen in der Pfalz von der Verzweiflung gepackt, eine Tat begehen, mit der sie dem Reich zur Hilfe kommen wollen, so soll man deswegen auf sie keine Steine werfen. Gegen Verleumdungen, die aus parteipolitischen Gründen gegen sie erhoben werden, haben sie ein Recht auf den Schutz der Partei.

Eine ganz andere Frage ist, ob sie im einzelnen taktisch richtig gehandelt haben und ob sie nicht in Voraussicht eines drohenden französischen Manövers unter den gegebenen Umständen auf ihre Aktion besser verzichtet hätten."

In dieser Verteidigung kamen die pfälzer Separatistenkatholischen Parteihäupter durch die bayerischen Separatisten. Sie setzten sich mit der „Rheinlandkommission" zusammen und gründeten einen „autonomen Staat innerhalb des deutschen Reichsverbandes", in einer Sitzung des Kreistages am 24. Oktober hielt dann der Vertreter der Rheinlandkommission Major Louis eine große Rede über die freie Pfalz und meinte: „Dieser autonome Staat verpflichtet sich feierlichst und unbedingt gegenüber der hohen Interalliierten Rheinlandkommission in Gegenwart und Zukunft zu strengster Loyalität und Mitarbeit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen, welche zur Garantie der geschädigten Reparationen und der nötigen Sicherheit Frankreichs erforderlich sind."

Mittlerweile hat dann die Reichsregierung den eifrigen Rettern der Reichseinheit zu verstehen gegeben, daß diese ganze Sache auf „Landesverrat" hinauslauft und man, wenn man „treu zum Reiche" und „gegen Bayern" sich erklären wolle, nicht nötig habe, ein neues Königreich unter der Gnadensonne der hohen Rheinlandkommission zu errichten. Der sozialdemokratische Strohmann der Franzosen Hoffmann wurde dann auch abgeklatscht, man ließ ihn in der Kreisversammlung, nachdem „der Herr Major" fort war, überhaupt nicht mehr reden. Jetzt muß sich die Sozialdemokratie von den Hakenkreuzlern Landesverrat vorwerfen lassen und ruft alle guten Geister zum Zeugen an, daß sie solchen Vorwurf doch gar nicht verdienen.

In Wirklichkeit hat dieser Hoffmann in seinem Kampf gegen Bayern weiter nichts getan, als die Koalitions- und Kompromißpolitik seiner eigenen Partei eben auch in dieser Frage angewandt, und er hat geglaubt, mit den Franzosen ein bißchen „große Koalition" treiben zu können. Auf welche Weise man Minister wird, ist doch schließlich gleichgültig, und jetzt, bei dem Zerfall der demokratischen Republik muß man auf den Schwung aufpassen, sonst erwischt man schließlich nichts mehr und die Posten werden an andere verteilt. — Die pfälzer Sozialdemokraten werden sich natürlich nicht nehmen lassen, weiter das revolutionäre Proletariat als „Landesverräter" zu denunzieren, auch dann, wenn der Schwindel einmal glücken sollte, und das Proletariat gegen das neue „Vaterland" Sturm läuft. Von diesen Geschäftsleuten ist eben nichts anderes zu erwarten.

Die Spottgeburt von „Arbeiterregierung" und der Einmarsch der Reichswehr in Sachsen

Also sprach Zeigner im sächsischen Landtag: — . .

„Mit Sorge sehe das sächsische Kabinett, daß das Reich rücksichtslos über die sächsischen Lebensinteressen und die politische Eigenart sowie die in der Verfassung verbrieften Rechte hinwegsetze. Dieser Feststellung müsse er hinzufügen, daß kein anderes Land sich rühmen könne, mehr in Treue zur Verfassung gestanden zu haben als Sachsen. Mit grenzenloser Bitterkeit müsse er außerdem feststellen, daß in Berlin offenbar nur der Gehör und Achtung genießt, der sich über die Verfassung und Lebensinteressen des deutschen Volkes dreist hinwegsetzt. Der Ministerpräsident wandte sich weiter gegen die bürgerliche Hetze gegen Sachsen. Eine Unbesonnenheit von irgendeiner unverantwortlichen Seite könne zur Folge haben, daß plötzlich das ganze Land in Flammen stehe. Zum Schluß richtete Zeigner die dringende Mahnung an die sächsische Bevölkerung, die Leiden des Landes nicht durch Unbesonnenheiten zu vermehren."

Das ist aber noch nicht das schlimmste!

Für die KPD. gab Aug. Sievers eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Das Vorgehen der Reichsregierung gegen Sachsen ist um so ungeheuerlicher, wenn man im Gegensatz dazu ihr Verhalten gegenüber Bayern betrachtet. Die Republik hat in Bayern Verbündete. Wir verlangen von den proletarischen Regierungen Mitteldeutschlands, die Arbeiter zum Generalstreik aufzurufen. Die KPD. fordert die Arbeiterschaft auf, sich nicht in einzelne militärische Kämpfe mit der Reichswehr einzulassen." Weiter heißt es in dem Bericht:

„Im Verlauf der weiteren Sitzung wurde der Gesetzentwurf über die Auseinandersetzung mit dem vormaligen Königshause beraten. Danach verzichtet der vormalige König auf alle Rechte an dem Staatsgut einschließlich des Domänenguttes. Der Freistaat Sachsen überläßt dem Familienverband Haus Wettin, Albertinische Linie, E. V." die Moritzburger Domänengrundstücke, darunter Schloß Moritzburg mit Ausstattung und acht Forstviertel als Eigentum. Weiter erhält der Familienverein eine Barabfindung im Betrage von 14 Millionen Mark samt Zinsen zu 5 Prozent vom 1. Juli 1920 ab. Dem vormaligen König wird auf Lebenszeit die Ausübung des Jagdrechts in den Revieren eingeräumt. Ministerpräsident Zeigner begründete die Vorlage damit, daß eine schnelle Verabschiedung, damit endlich Klarheit geschaffen werde. Nach längerer Debatte wurde die Vorlage dem Rechtsausschuß überwiesen."

Die Reichswehr verhaftet jeden Tag Hunderte von Funktionären hauptsächlich der KPD. Die KPD.-Bonzen fordern von den „proletarischen Regierungen" Mitteldeutschlands den Generalstreik und sind selbst in diesen „proletarischen Regierungen" vertreten. Herr Zeigner warnt vor Unbesonnenheiten und die KPD. vor militärischen Kämpfen. Dann kommt die Sache mit dem Königshaus daran, eine „verfassungsmäßige Regierung" muß doch jedem gerecht werden. Unterdessen werden die Proleten einer nach dem andern erschossen, aufs Pflaster geworfen, ausgehungert, die KPD.-Presse sogar in Sachsen verboten und — die Arbeiterregierung „regiert" ruhig weiter. Ob den KPD.-Genossen dieser Skandal nicht selbst bald über die Hutschnur geht?

Standgerichte in Hamburg

Hamburg, 24. Oktober. (WTB.) „Der Reichsjustizminister hat auf Anregung des Senats der Einsetzung eines außerordentlichen Gerichts auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über den Ausnahmezustand vom 26. September zugestimmt. Von diesem außerordentlichen Gericht, das in den nächsten Tagen bereits seine Tätigkeit beginnt, werden sich die an den Unruhen der letzten Tage Beteiligten zu verantworten haben. Die Zahl der Gefangenen beträgt mehrere hundert. Bis jetzt aber zur Zeit noch nicht genau festzustellen."

In Hamburg ist somit — vorderhand — die „Ruhe wieder hergestellt" und die Standgerichte nehmen ihre blutige Tätigkeit auf. Das „Auf-der-Flucht"-Erschießen wird wieder beginnen, und die Zuchthäuser bekommen neuen Zuwachs. In der Hamburger Arbeiterschaft jedoch gärt und brodelt es genau so weiter wie in ganzen Reich. Der Generalstreik drohte auch dort auszubrechen, der auch schon teilweise einsetzte und brachte die Gewerkschaften auf den Plan. In einer amtlichen Bekanntmachung erklärten sie:

„Die Hamburger Gewerkschaften und die Berliner Spitzenorganisationen haben keinen Generalstreik gebilligt. Die Gewerkschaften stehen wegen der Wiedereröffnung geschlossener Betriebe mit dem Arbeitsamt in Verhandlungen. Bereits am Dienstag haben unsere Vertreter über die Lebensmittelversorgung und die Herausgabe von wertbeständigen Zahlungsmitteln verhandelt. Den Gewerkschaften sind die Zusicherungen gegeben, daß der Senat die wünschenswerten Maßnahmen getroffen hat. Die Bestrebungen der Verbände nach Gewährung wertbeständiger Löhne gehen weiter. Wir warnen vor weiterem eigenmächtigen Verlassen der Betriebe! Wir warnen vor Teilnahme an Ansammlungen! Wir warnen vor allen Dingen aber auch vor den sich immer wieder bemerkbar machenden Straßenräubern, die wir hier öffentlich als Agenten der Feinde der Republik und als Schädlinge an der Arbeiterklasse brandmarken! Zutritt zu den Gewerkschaftsbüros haben nur Verbandsmitglieder, die sich als solche ausweisen. Unorganisierte werden aus dem Gewerkschaftshaus rücksichtslos entfernt. Zurück zur gewerkschaftlichen Disziplin!"

Wer nach diesen Worten noch nicht begreift, daß die Gewerkschaftsbonzen die allerärgsten Freunde des Proletariats sind, dem ist eben nicht zu helfen. Die Aburteilung der durch den Hunger zur Rebellion getriebenen Proleten vor den Standgerichten darf nicht gestört werden und verstößt „gegen die gewerkschaftliche Disziplin".

Das „Wertbeständige"

An den Anschlagssäulen, in den Zeitungen, in den Aufrufen der Gewerkschaften, in Regierungserklärungen, Verordnungen werden tiefsinnige Betrachtungen über das „neue wertbeständige Geld" angestellt. Betrachtungen, die glatt auf eine „wertbeständige Dummheit" spekulieren. Die Gewerkschaften eröffnen ihren Schäfchen sogar die Aussicht, daß jetzt das „wertbeständige Geld in Massen" hergestellt wird. „Wertbeständiges Geld in Massen", also: Nun ja, es wurde ja schon so vieles „in Massen" hergestellt, warum sollte nicht auch eine Massenfabrikation von „wertbeständigem Geld" möglich sein. Also los, ran!

Da ist zum Beispiel die „Rentenmark", „gedeckt" von Landwirtschaft und Industrie, durch deren Produktionsmittel und Wirtschaftswerte wird gesagt. Gut! Alles aber schon dagewesen. Jetzt sogar schon. Jedes Dorf gibt z. B. schon Notgeld heraus, gedeckt von den Werten der Gemeinde. Man bleibe aber hübsch in dem betreffenden Nest, mit den schönen Scheinen, sonst schon im nächsten Bahnhof gibt's nichts mehr dafür. Ganz einfach. Man kann natürlich nicht, im Falle eines Bankrotts mit den damit mäßig Kurs gesetzten Scheinen erst sich einen Korb voll Ziegelsteine von dem Rathaus des betreffenden Dorfes holen und diese „Substanz" für das „wertbeständige" verkümmeln. Das Geld hat nur lokalen Wert und Kurs. Die Rentenmark hat, da sie keine international anerkannte Deckung besitzt, keinen internationalen Wert. Auch dann nicht, wenn sich das einige Spießer einbilden sollten.

Im Lande selbst: Da kann natürlich nicht mehr Kaufkraft ausgegeben werden, als Deckung vorhanden ist. Uebersteigt die Zahlungsmittelmenge die Deckung, beginnt die Inflation! Hält sie sich in den Grenzen der Deckung, bleibt sie nur ein Kalkulations- und Zahlungsmittel für Kapitalisten und Schieber. Und trotzdem lassen sich die Herren nicht „provozieren". Ihr Weg ist klar vorgezeichnet: die Lentsch, Zickler, Striemer sind ihn konsequent gegangen und die Oberbonzen in der SPD. werden ihn gehen und gehen ihm. Aber vorerst müssen sie ihren eigenen Anhängern noch eine beilsame Lektüre erteilen: sie müssen und werden ihnen mit Feuer und Schwert, mit Blut und Eisi die Illusion aus den Schädeln treiben, daß die SPD. und die Gewerkschaften mit den Interessen des Proletariats irgend etwas gemein hätten, und ihnen beibringen, daß es ein Gebot der Selbsterhaltung des Proletariats ist, diese Gebilde restlos zu sprengen und sie niederzureißen, von außen und von innen. Diesen, ihren eigenen Zusammenbruch, werden und müssen sie selbst provozieren, wenn auch „schweren Herzens". Und mit tausend Flüchen und mit unsäglicher Verachtung werden sie den wohlverdienten Fußtritt erhalten, von hüben und von drüben!

Es handelt sich beileibe nicht um die sozialdemokratischen und „kommunistischen" Futterkrippen in Sachsen. Auf den dummen Schwindel, daß die „Arbeiterregierung" mehr wäre, als ein Privatunternehmen der Heckert, Brandler und Konsorten, die im Auftrage der russischen Regierung für ein Sechstausendtel die Arbeiter für kapitalistische deutsch-russische Handelsbeziehungen ködern wollen, kann nur jemand hereinfallen, der allen geschichtlichen Ereignissen blind gegenübersteht. Für das deutsche Kapital war dies nur ein willkommener Ausgleich! Und das revolutionäre Proletariat hat alle Ursache, denen aufs Maul zu schlagen, die ihm vorreden wollen, daß den deutschen Kapital der Plunder von „Arbeiterregierung" das Wesentliche an der Sache wäre. Nichts darum geht es. Es geht darum, daß große Massenstreiks zu organisieren und zu diesen Zwecke das Proletariat unter unerhörtem Druck zu setzen, und schon zu Beginn jeden Widerstand zu brechen. Die Aera des weißen ungeschminkten Terrors begann. Die Demokratie zeigt sich in ihrer höchsten Entfaltung. Die deutsche Konterrevolution marschiert jetzt auf, alles ist bis ins Kleinste vorbereitet.

Dem deutschen Kapital bleibt nichts anderes übrig, als die Provokation. Es muß das Ruhrgebiet seinem Schicksal überlassen und die Millionen in den sozialen Abgrund schleudern. Es muß die Industrie in Sachsen völlig zum Erliegen bringen und seine Militärdiktatur dort aufpflanzen. Es will diese beiden Gefahrenherde rechtzeitig isolieren und provoziert deswegen örtliche Auseinandersetzungen im Reiche. Es hofft, wenn es den großen Schlag beginnt, die für eine Solidarität in Frage kommenden wichtigen Punkte schon vorher erledigt und unter Druck gesetzt zu haben. In Berlin, wo schon aus politischen Gründen „Unruhen" nicht erwünscht sind, weil die revolutionären Hitze in der Reichshauptstadt im Reiche schneller zünden könnten wie umgekehrt, wird auf die Regie des „wertbeständigen" Schindluders besonderer Wert gelegt. Sogar der Brotpreis wurde von 10 Milliarden auf 8 Milliarden herabgesetzt. An der Ruhr steht ein starker Bundesgenosse, der bis an die Zähne bewaffnete „Erbfeind". Mitteldeutschland wird von drei Seiten genommen, und im Südwesten ist die Verbindung mit Bayern bereits hergestellt. In Hamburg hat der weiße Schrecken bereits seinen Einzug gehalten und dekretierte Todesurteile. Was Wunder, daß Gewerkschaften und deren Zuhälter brüllen: „Laßt euch nicht provozieren"! Sie wissen nur zu genau, daß die Erhebung des Proletariats, daß der Sturm von links sie hinwegfegen würde wie Weststeenard, daß jedoch der legale Faszismus sie noch dulden und gebrauchen wird. Und daß ihnen keine Schergendienste zu niedrig, keine Gemeinheit zu erbärmlich ist, ist wohl keine Streitfrage mehr.

Der Verzweiflungsschrei aller Kapitalszuhälter ist für das gesamte Proletariat ein deutliches Signal: Noch ist der konterrevolutionäre Aufmarsch nicht völlig vollendet, noch kann die emporzüngelnde Rebellion im Rücken der nach Mitteldeutschland aufmarschierenden Horden den mitteldeutschen Proleten Luft verschaffen und ihnen ermöglichen, mit denselben abzurechnen und ihre Stellungen auszubauen. Noch ist es nicht gelungen, alle rückwärtigen Verbindungen an der Ruhr abzuriegeln zum unbestritten Gebiet. Noch ist Berlin nicht isoliert, und die Erhebung der Berliner Arbeiter kann zum Signal werden für das ganze Reich. Nie war die Situation günstiger, aber auch nie schrie sie so nach der solidarischen Tat wie in diesem Augenblick!

Das Kapital provoziert, jawohl. Aber Schimpf und Schande über die Arbeiter, die angesichts der Unvermeidlichkeit der Auseinandersetzung den Fehdehandschuh nicht aufnehmen und zusehen, wie im Reiche eine Stadt nach der anderen, eine Provinz nach der anderen erledigt und die Klassengenossen unter dem Säbel der Konterrevolution verbluten!

Das Kapital provoziert, jawohl! Aber diese Provokation ist ihm diktiert durch den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Niederbruch. Die Verhältnisse rufen!

Für das Proletariat jedoch heißt angesichts der Unvermeidlichkeit der Auseinandersetzung die Parole: **provoziert selbst!** Jedes weitere Abwarten ist Verrat an der eigenen Sache und praktische Hilfe für die Konterrevolution!

Solidarität ist Tat! — Nur die Tat Rettung!

Die Blutarbeit der Standgerichte in Hamburg

Todesurteile

Hamburg, 29. Oktober. Das außerordentliche Gericht in Hamburg hat am Sonnabend die ersten Urteile ausgesprochen. Der Schlosser Thorell, der 22 Jahre alt ist, wurde wegen Hochverrats und Aufruhr zum Tode und wegen versuchten Totschlags zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Eine Reihe von Angeklagten hatte sich wegen Landfriedensbruch und Hochverrat zu verantworten. Der Urteil lautete auf Gefängnis bis zu zwei Monaten, und in einem Falle zu einem Jahr Zuchthaus.

Der zum Tode verurteilte Thorell hatte sich an der Entwaffnung der Ordnungspolizei beteiligt und an den Kämpfen. Darin, wurde der „Totschlagversuch" erblickt. Als er später verhaftet wurde, ist ihm von der Polizei ein Auge ausgeschlagen worden.

Das Blutbad in Freiberg

Freiberg i. S., 27. Oktober. („Vorwärts".) „Hier ist seit gestern Generalstreik. Heute herrscht auf den Straßen starker Verkehr, teils der Streikenden, teils demonstrierender, die am Sonnabend nach der Stadt gekommen war, um ihre Einkäufe zu erledigen. Militärautos fuhren durch die Straßen, eines hielt auf dem Marktplatz, auf dem sich große Massen stauten. Aus noch festgestellten Ursachen — angeblich soll ein Schuß gefallen sein — eröffnete die Reichswehr, unter der sich zahlreiche Neugierigkeideite befanden, ein Maschinengewehrfeuer, wodurch 14 Personen getötet und 40 verwundet wurden. Zehn Minuten später, als die Sanitäter ihres Amtes walteten, wurde nochmals geschossen, wobei 8 Tote auf dem Platze blieben."

Das Ende der „Arbeiterregierung"

Dresden, 29. Oktober. Reichskommissar Dr. Heinze hat am Montag mittag sämtliche sächsischen Ministern das Absetzungsdekret mit der Aufforderung, es abzudrucken lassen, bis 2 Uhr mittags die Ministerien zu verlassen. Pünktlich um 2 Uhr erfolgte der Ausmarsch der Reichswehr, die Befehl hatte, die Ministerien zu säubern. In Begleitung mehrerer Maschinengewehrkompagnien und schwerer Kanonen zog die Abteilung besetzten die Ministerien, den Landtag und das Hauptpostamt. Im Staatsministerium wurden zunächst sämtliche Ausgänge besetzt und mit Maschinengewehren gesichert; dann wurde das Treppenhaus abgeriegelt. Unter Führung von zwei Offizieren nahmen mehrere Patrouillen die Minister fest und führten sie unter starker Bedeckung — die Maschinisten umstellten die Gewehre entsichert — zum Ausgang, wo sie in Freiheit gesetzt wurden. Niemand durfte das Haus ohne Genehmigung des leitenden Offiziers verlassen oder betreten.

4. Jahrg. Nr. 84 — Preis 1,5 Milliarden

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei, im Straßenhandel und durch den Verlag der K.A.P.D. Berlin NO 18, Landsberger Strasse 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6 Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto: Berlin NW 7. Nr. 49020.

Bezugspreise: Bei Bezug v. einzelnen Exemplaren durch d. Post: Halbmonatl. die im Kopf d. Zeitung aufgedruckte. Preise. Zahlung bis 5. bezw. 20. jed. Mts. Holland: 1 holl. Gulden monatl. Nach d. übrig. Ausland n. Vereinbarung

Solidarität ist Tat! — Nur die Tat Rettung!

Verschärfung der Krise

Das deutsche Kapital ist seit Wochen bemüht, die immer mehr offen zutage tretende Krise einzudämmen. Es wendet alle möglichen und unmöglichen Mittel an, um die drohende Explosion nicht zum Ausbruch gelangen zu lassen. Es beschwört die deutsche Arbeiterschaft, doch in Ruhe zu halten, es verspricht wertbeständiges Geld und den Himmel auf Erden. Gleichzeitig wirft es die Arbeiter aus den Betrieben, verlangt den Zehnstundentag, steigert die Preise für alle Lebensbedürfnisse ins ungemessene, sämtliche Tarife der sog. lebenswichtigen Betriebe werden auf Goldbasis umgestellt. Wasser, Elektrizität, Licht, Eisenbahn, Post, Straßenbahn usw. Mit einem Wort, das Kapital führt in allen Zweigen systematisch für sich eine Goldwährung ein, die noch dazu auf einer Kalkulationsbasis nach Prinzipien der Inflationsperiode beruht. Es sucht sich vor dem vollkommenen Zerfall zu schern und muß daher das Proletariat morden.

Früher konnte man mit Recht behaupten, das Kapital braucht das Proletariat. Es kann ohne das Proletariat seinen Profit nicht erhalten. Heute trifft dis zu zahlreich gewordene Arbeiterschaft die Kapitalsubstanz immer mehr auf. Der Prozentsatz der arbeitslosen Reservearmee ist zu ungeheuer angewachsen und dadurch zu einer Gefahr für das Kapital geworden. Früher war es möglich, die Arbeitslosen gegen die Arbeitenden auszuspielen und sie als Lohndrücker zu gebrauchen. Heute haben sie auch diese Funktion verloren. Das Kapital braucht jetzt einer Erwerbslosenfürsorge. Es muß die Erwerbslosen ernähren, da diese zu einer Masse geworden sind, die keine wirtschaftlichen Reserven mehr hat und deshalb in der Verzweiflung zu allem fähig werden. Es bleibt ihm daher nichts anderes übrig, als das langsame Massensterben zu organisieren. Der Würger Hungertod darf nur schrittweise näherrücken. Seine Zermürbungsarbeit kostet aber dem deutschen Kapital schon zuviel. Es hat August, die Kosten könnten sich noch vermehren. Es ist ihm daher schon lieber, daß das deutsche Proletariat losschlagen soll und provoziert geradezu. Es versteht diese Ruhe nicht. Den Kampf direkt vom Zaune zu brechen, wagt es auch nicht, weil es dadurch ein einheitliches Vorgehen des Proletariats hervorrufen könnte. Es will sich der illegitimen Kinder durch Engelmacher gera entledigen, und ein ehmaliges Opfer würde es schon bringen, aber keine langfristigen Zahlungen. Das lange Warten macht es nervös. Es hilft überall Minen ausspringen, um den Brand zu verbreiten und stellt dauernd Gewehr bei Fuß. Die schärfsten Ausnahmebestimmungen sollen die Einleitung bilden und gleichzeitig die Handhabe zu einer schnellen blutigen Niederschlagung. In einzelnen Gegenden, wie Bayern, ist dieses Ziel bereits verwirklicht, in anderen, wie Württemberg, bereitet es einen solchen vor. Anderseits drängt es auf politische Entladung, weil seine Position bei einer solchen stärker ist. Es weiß, daß die Not der Arbeiterschaft unerträglich ist und daß sie nur noch wisse kleinbürgerliche Schichten mitgerissen würden. Diese Notgemeinschaft gilt es von vornherein zu sprengen, und deshalb geht der Kampf gegen die KPD., die es sich zur Aufgabe gestellt hat, ein solches Gebilde zu schaffen.

Die Regierung Stresemann zaudert, zum Angriff überzugehen, weil in dieser Notgemeinschaft die einzigen reichstreuen Kräfte stecken. Sie fühlte aber immer mehr, daß sie bei ihrer Untätigkeit gegen Bayern und Sachsen jede Sympathie innerhalb der herrschenden Kapitalsgruppen verlor. Sie mußte also Taetze zeigen.

Ein Angriff gegen Bayern ist für sie bedeutend schwieriger und würde den Ruf ihrer „marxistischen" Preundschaft nur noch steigern. Es käme dann die Welle von rechts her ins Rollen. Die Sozialdemokraten sind sich aber ebenfalls darüber klar, daß dies ein gefährliches Beginnen wäre und ihre Existenz daher auf dem Spiele stehe. Sie wollen deshalb die Bevölkerung, die große Koalition auch nicht riskieren. Sie muß also mit Sachsen den Anfang machen. Sie hofft auch, daß dadurch ein Vorgehen gegen Bayern unnötig wird, weil damit der „antimarxistische" Kampf von ihr in die Tat umgesetzt und die Autorität rechts gegenüber erhöht wird. Sie erwartet davon auch eine allgemeine Kampfeinstellung gegen links, die es ihr ermöglichen wird, gegen rechts passiv zu bleiben. Die „Greueltaten der Roten" werden schon das ihrige tun. Die Sozialdemokratie hofft, daß sie auf diese Weise ihre Machtstellung im Reiche konsolidieren kann, ohne sich dem Vorwurf der Reaktionsunterstützung auszusetzen. Sie ist sich aber auch darüber klar, daß sie sich vor dem vollkommenen Zerfall zu schern und muß daher das Proletariat morden.

Ein Angriff gegen Bayern ist für sie bedeutend schwieriger und würde den Ruf ihrer „marxistischen" Preundschaft nur noch steigern. Es käme dann die Welle von rechts her ins Rollen. Die Sozialdemokraten sind sich aber ebenfalls darüber klar, daß dies ein gefährliches Beginnen wäre und ihre Existenz daher auf dem Spiele stehe. Sie wollen deshalb die Bevölkerung, die große Koalition auch nicht riskieren. Sie muß also mit Sachsen den Anfang machen. Sie hofft auch, daß dadurch ein Vorgehen gegen Bayern unnötig wird, weil damit der „antimarxistische" Kampf von ihr in die Tat umgesetzt und die Autorität rechts gegenüber erhöht wird. Sie erwartet davon auch eine allgemeine Kampfeinstellung gegen links, die es ihr ermöglichen wird, gegen rechts passiv zu bleiben. Die „Greueltaten der Roten" werden schon das ihrige tun. Die Sozialdemokratie hofft, daß sie auf diese Weise ihre Machtstellung im Reiche konsolidieren kann, ohne sich dem Vorwurf der Reaktionsunterstützung auszusetzen. Das Proletariat muß bewachen, daß es sie hübsch ist, daß es nicht gewillt ist, einen Kesseltreiben ruhig zusehen. Das Kapital will den blutigen Kampf, weil es ihn braucht, und die Sozialdemokraten lassen ihm Scheingefechte. Der „Vorwärts" hält Zeugen vom Falle und macht aus ein Gefangenen der KPD.-Minister ins, den es gilt aus den Klauen